

ANFRAGE von Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur) und Doris Meier (FDP, Bassersdorf)

Betreffend Dezentralisierung kantonale Verwaltungsarbeitsplätze und Standortstrategie

Die Stadt Zürich weist seit Jahren ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum auf. Die hohe Konzentration kantonaler und staatsnaher und weiterer öffentlich finanzierter Arbeitsplätze in der Stadt Zürich verstärkt den Druck auf den Wohnungsmarkt zusätzlich. Eine gezielte Prüfung dezentraler Standorte für geeignete kantonale Arbeitsplätze kann einen Beitrag zur Entspannung des angespannten Wohnungsmarktes leisten, indem Pendlerströme reduziert, Flächen effizienter genutzt und zusätzliche wirtschaftliche Impulse in den Regionen des Kantons gesetzt werden. Der Kanton Zürich verfügt über ein gut ausgebautes und leistungsfähiges Netz des öffentlichen Verkehrs. Diese hervorragende Erschliessung ermöglicht es, Arbeitsplätze auch ausserhalb der Stadt effizient zu betreiben und für Mitarbeitende attraktiv zu gestalten. Viele Regionen des Kantons sind infrastrukturell bestens angebunden und bieten Entwicklungspotenzial für zusätzliche Verwaltungs- und Unternehmensstandorte. Zudem haben Digitalisierung und neue Arbeitsformen in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Wandel bewirkt. Mobile Arbeitsformen, Homeoffice und hybride Modelle sind heute etabliert und ermöglichen eine grössere räumliche Flexibilität ohne Produktivitätsverlust. Diese Entwicklungen erleichtern eine Dezentralisierung zusätzlich und reduzieren die Notwendigkeit einer starken räumlichen Konzentration. In früheren Vorstössen zur Dezentralisierung der Verwaltung hat der Regierungsrat wiederholt auf betriebliche Vorteile der Konzentration um den Hauptbahnhof, die gute ÖV-Erreichbarkeit, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinheiten und die Arbeitgeberattraktivität hingewiesen. Gleichzeitig wurden mit dem Konzept «Neue Arbeitswelten» sowie mit Homeoffice, Desksharing und digitalisierten Dienstleistungen neue Rahmenbedingungen geschaffen. Es ist deshalb angezeigt, die Standortfrage nicht abstrakt, sondern anhand konkreter Kriterien, Szenarien und Kosten-/Nutzenfolgen erneut zu beleuchten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Verwaltungseinheiten oder Abteilungen könnten aus der Stadt Zürich in die verschiedenen Regionen des Kantons (z. B. Zürcher Unterland, Oberland, Limmattal oder Winterthur) verlagert werden und nach welchen Kriterien beurteilt der Regierungsrat dieses Potenzial?
2. Welche Anreizsysteme, Vorgaben oder Standortkriterien könnten geschaffen werden, um bei Neubesetzungen oder Expansionen Standorte ausserhalb der Stadt Zürich zu priorisieren?
3. Welche Investitionskosten würden eine starke Dezentralisierung verursachen und welche Erlöse oder Einsparungen wären durch einen Verkauf oder eine Vermietung von zurzeit von der kantonalen Verwaltung belegten Liegenschaften in der Stadt Zürich möglich?
4. Als Eigentümer verschiedener selbstständiger Anstalten und wirtschaftlicher Unternehmen verfügt der Kanton über strategische Steuerungsmöglichkeiten. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die entsprechenden Anstalten und Unternehmen anzuhalten, ihre Arbeitsplätze vermehrt zu dezentralisieren?

Thomas Anwander
Doris Meier